

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Echtblatt und Anzeiger).

Verlag: Rieser Verlag, Gmünd Nr. 22.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postamt: Leipzig 1921, Postfach Nr. 22.

Nr. 67.

Montag, 21. März 1921, abends.

74. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zustellung, bei Abholung am Postamt monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Spalte für 10 Zeilen an bestimmten Tagen und Abenden wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite, 1 mm hohe Grundstift-Zeile (7 Spalten) 1.10 Mark, Ortspreis 1.— Mark; je nach Umfang und tabellarischer Satz 10%, Kufgröße, Nachdruck- und Veranschaulichungsgebühr 50 Pf. Keine Casha. Bewilligter Rabatt enthält, wenn der Betrag vorläufig durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Rechnung gerät. Redaktions- und Druckkosten Riesa. Verantwortliche Ausfertigungsbefugte: Dr. Fritz an der W. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Verlegerin — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Rieser & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 69. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Sähnel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Das im Grundbuche für Kleinrenten, Blatt 47, auf die Namen Max Schweidler in Berlin-Friedrichshagen und Hermann Wintermann in Berlin-N. zur gesamten Hand eingetragene Niegelgrundstück soll am 7. Juni 1921, vormittags 9 Uhr an der Gerichtsstelle im Wege der Zwangsversteigerung versteigert werden.

Das Grundstück besteht aus den Flurstücken 784, 81, 88b des Flurbuchs für Kleinrenten und dem Flurstück Nr. 824 des Flurbuchs für Großrenten. Das Flurstück 784 ist nach dem Flurbuche 1 Hektar 11,9 Ar groß; das Flurstück Nr. 81 ist nach dem Flurbuche 21,4 Ar groß; das Flurstück Nr. 88b ist nach dem Flurbuche 1 Hektar 25,5 Ar groß; das Flurstück Nr. 824 ist nach dem Flurbuche 84,3 Ar groß.

Das Grundstück besteht aus Wohn-, Wirtschafts- und Niegelgebäuden, Nr. 32 der Ortsteile, gewerblichem Hofraum, Garten, Wiese, Feld, sowie Ton- und Lehmgräbern. Liegt in Kleinrenten (Amtshauptmannschaft Gröba) an der Ost- und Streifener Staatsstraße und ist einschließl. Inventar auf 283 525 Mark geschätzt.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet. Rechte auf Befriedigung aus dem Grundstück sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 20. Dezember 1920 verlautbarten Versteigerungsergebnisses aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufrechterhaltung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger nicht vorliegt, glaubhaft zu machen, widrigenfalls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden würden.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erstellung des Kaufschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Sächsisches Amtsgericht Riesa, den 16. März 1921.

Auf Blatt 589 des Handelsregisters, die Firma Paul Neumann in Riesa betr., ist heute eingetragen worden: Die Firma ist erloschen.

Amtsgericht Riesa, den 18. März 1921.

In das biesige Güterrechtsregister ist eingetragen worden Seite 189, am 17. März 1921, den Gewerkschaftsbeamten Richard Paul Niehoff in Gröba und dessen Frau Gertha geb. Reichel betr.: Der Mann hat das Recht der Frau, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises seine Geschäfte für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgeschlossen.

## Oberschlesische Volksabstimmung.

Derin, 21. März, 2 Uhr festh. Zur Stunde läßt sich noch keineswegs ein Ueberblick über das Abstimmungsresultat gewinnen. In einer Reihe von Gebieten ist die deutsche Mehrheit, die erwartet werden mußte, erzielt worden. Nach den bisher vorliegenden Meldungen hat sich in der Stadt Oppeln eine deutsche Mehrheit von 84 Prozent ergeben. Der Landkreis Oppeln weist ebenfalls eine deutsche Mehrheit auf, doch fehlt von 164 Orten noch das Ergebnis aus 60 Ortschaften. In der Stadt Groß-Strehlitz beträgt die deutsche Mehrheit 85 Prozent, in der Stadt Rosenburg 90 Prozent, in der Stadt Tarnowitz 83 Prozent, in der Stadt Cosel 94 Prozent, in der Stadt Gleiwitz 90 Prozent.

Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen aus dem Kreise Kreuzburg sind für Deutschland 33 980, für Polen 1566 Stimmen abgegeben worden.

Breslau, 21. März. Die Hauptgeschäftsführung der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier teilt mit: Die Wahlbeteiligung war nach allen eingelaufenen Berichten überaus groß. Die größten Wahlbeteiligungen aller Reichstags- und Landtagswahlen sind weitens überschritten. Soweit wir die Lage übersehen können, ist durchweg 100 Prozent Wahlbeteiligung. Welche Zuversicht auf deutsche Seite. Polnischer Terror tritt bisher nicht in Erscheinung. In Niederschlesien und längs der polnischen Grenze im Kreise Ratiboritz ist alles ruhig verlaufen. Aus Lublitz wird gemeldet, daß dort polnische Söldner vergebens versuchten, Wahllokale zu stürmen. In Grottau im Stadtkreis Oppeln wurde eine größere Anzahl polnisch gesinnter Leute verhaftet; die Stimmzählung hat ergeben, daß für Polen nur eine Stimme abgegeben wurde.

Zahlenmäßige Ergebnisse: Oberschlesien 5088 für Deutschland, 226 für Polen. Oberglogau-Schloßberg, Sitz des Grafen Oppersdorf, 100 Stimmen für Deutschland und 11 Stimmen für Polen. Ratiboritz 97 Prozent für Deutschland und 3 Prozent für Polen. Ratiboritz 2500 Stimmen für Deutschland, 15 Stimmen für Polen.

Oppeln, 21. März. Aus dem Kreise Cosel liegen die Ergebnisse von fünf Gemeinden vor. Für Deutschland stimmten 857, für Polen 83. In fünf Gemeinden des Kreises Oppeln-Land wurden 691 Stimmen für Deutschland und 284 für Polen abgegeben. Im Kreise Rosenburg stimmten in vier Gemeinden für Deutschland 491 und für Polen 193.

Berlin, 21. März. Die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier geben auf Grund der Zusammenfassung der Ergebnisse durch die Ortsgruppenleiter folgendes vorläufige Gesamtergebnis:

	deutsch	polnisch
Ratiboritz, Kreis (Stadt und Land)	72 831	66 187
Stadt Ratiboritz	31 848	10 788
Heuboden, Kreis (Gesamtergebnis)	59 232	62 640
Heuboden (Gesamtergebnis)	36 676	31 625
Stadt Tarnowitz (Gesamtergebnis)	8 083	2 788

Geringe Einzelergebnisse haben noch aus, die jedoch an dem Gesamtergebnisse nicht viel ändern werden.

Berlin. Eine unter Vorbehalt wiedergegebene Zusammenfassung des vorläufigen Gesamtergebnisses der Volksabstimmung in Oberschlesien ergibt folgendes Bild:

	deutsch	polnisch
Rosenberg, Kreis, Stadt u. Land	24 200	11 400
Kreuzburg	43 000	2 300
Lublitz	15 100	13 800
Tarnowitz	17 600	27 000
Gröba	22 500	22 900
Oberglogau	32 700	4 500
Cosel	36 800	11 700
Gleiwitz, Stadt und Land	58 000	32 000
Heuboden	65 100	800
Ratiboritz, Stadt und Land	48 200	20 200

	deutsch	polnisch
Ratiboritz, Stadt und Land	76 400	69 800
Ratiboritz	31 800	10 900
Heuboden	73 900	73 500
Heuboden	45 200	43 000
Oppeln, Stadt und Land	81 000	28 000

Das Gesamtergebnis aus den Kreisen Wetz und Rybnitz fehlt noch.

Ratiboritz, 21. 3. Vom deutschen Wahlkommissar wird bekannt gegeben: Die Abstimmungsergebnisse von Wetz und Rybnitz sind noch nicht eingegangen. Doch ist in beiden Kreisen eine polnische Mehrheit zu erwarten. Ohne Wetz und Rybnitz ergibt sich eine Mehrheit von 43 Prozent für Deutschland. Bisher sind nach einer Zusammenfassung 671 700 deutsche und 389 000 polnische Stimmen abgegeben worden.

Oppeln. Das deutsche Wahlkommissariat teilt mit: Nach den bisher hier vorliegenden Meldungen stellen sich die Abstimmungsergebnisse einschließlich von Wetz und Rybnitz auf 700 000 deutsche und 489 000 polnische Stimmen. Eine Anzahl von Wählern sind allerdings noch nicht gemeldet. Dieses trifft besonders für die Kreise Wetz und Rybnitz zu. Allerdings dürfte sich dieses Gesamtergebnis im wesentlichen nicht mehr viel ändern. In einer 3. Et. noch nicht zu übersehenden Anzahl von Orten scheint es zu einer Wahl der Abstimmungsberechtigten überhaupt nicht gekommen zu sein. Die Telegramme der Korrespondenten aus den unter Jenjur der internationalen Kommission stehenden Ortschaften sind mit größter Vorsicht anzunehmen.

## Deutscher Reichstag.

Der Reichstag zeigte endlich wieder einmal einen einigermaßen gut beleuchteten Saal. Nicht umsonst hatte Präsident Lohse in der letzten Sitzung auf die Wichtigkeit der anstehenden endgültigen Abstimmung über das Entwurfsgesetz hingewiesen. Im Ausschuss, der am Morgen zusammengetreten war, ist der Kompromiß-Antrag Schiffer (Demokrat) in allen drei Beschlüssen angenommen worden; nur eine Zusatzbedingung kann kein Schicksal gefahren. Wie man aber in der Vorberathung mit der Beratung des umgedruckten Entwurfes beginnt, hat die Gesetzesmaschine noch einen ganzen Haufen anderer Arbeit zu erledigen. Ohne weitere Ausrede wird ein Gesetz über die Minderung der Reichsabgabenordnung, die rein formaler Natur ist, in allen drei Lesungen angenommen. Ebenso ergibt es dem Gesetz über die Vertretung der Länder im Reichstag. Das vorgelegte Reichsjugendwohlfahrtsgesetz wird einem Ausschuss von 28 Mitgliedern überwiesen. Auch bei dem Haushaltsplan von 1920 hält sich das Haus nicht lange auf. Nach Annahme eines Antrages des Abg. Schiffer über die Zulassung der Frauen zum Vorkurs und eines Antrages des Volksparteilers Richter über die Minderung des Stillschlagsverordnungs, sowie eines weiteren demokratischen Antrages über volle Gleichberechtigung der Männer und Frauen bei allen berufsmäßigen Vertretungsgewalt, wird der Gesamthaushaltsplan genehmigt. Auch für das Jahr 1921 nimmt man den vorgelegten Etat in dritter Beratung ohne weitere Ausrede an. Wegen die Haushaltspläne stimmen lediglich die Unabhängigen und die Kommunisten, die ja immer ihre abweichende Meinung betonen müssen. Dann geht man zur Beratung des Gesetzentwurfes über die Erhebung der Post- und Telegraphen-Gebühren über. Man kann ja nicht gerade behaupten, daß dieser Entwurf sehr populär sei; dringt er doch eine bedeutende Verteuerung des Postverkehrs. Geradezu an ihm ist nur, daß der Preisverleih zu billigeren Sätzen wieder eingeführt wird. Während die Vorlage das Wort für Postkarten und Briefe ohne Rücksicht auf die Entfernungen auf 40 und 60 Pfennig erhöht, will der Ausschuss einen Unterschied zwischen Orts- und Fernverkehr machen. Nach dem Ausschussantrag soll eine Postkarte im Ortsverkehr 30 Pfennig, im Fernverkehr 40 Pfennig kosten, ein Brief bis 30. g. im Fernverkehr

40 Pfennig, im Fernverkehr 60 Pfennig. Bei der Aussprache verteidigt der Reichspostminister Gieseler verschiedene Punkte seines Entwurfes, die von sozialistischer Seite angegriffen werden. Es gelingt ihm denn auch, eine Mehrheit des Hauses in zweiter und dritter Lesung für seine Vorlage zu gewinnen. Im Anschluß daran nimmt das Haus in zweiter Lesung die Auslandspostgebühren an, die auf dem Weltkongress in Madrid beschlossen wurden. Die endgültige Abstimmung darüber soll erst später stattfinden. Es folgt die zweite Beratung der Novelle zum Einkommensteuergesetz

vom 29. März 1920.

Abg. Dr. Oers (U. Soz.): Die treuesten Stützen der Regierungsvorlage sahen in den sozialistischen Parteien. Das Gesetz begünstigt vielfach die Großindustrie und befreit die Spekulationsgewinne in sehr milder Form. Die Arbeiter und Angestellten werden viel härter getroffen. Warum versteuert man nicht nach dem österreichischen Muster nur 80 Prozent des Lohnneinkommens. Der Antrag der Regierungsparteien bedeutet eine doppelt so hohe Besteuerung wie in Oesterreich, während nach unserem Antrag die Steuer auf vier Prozent ermäßigt werden soll. Wap der Minister die Landwirtschaft härter heranziehen, die den billigen Preis an der Börse verschadert. Bei den Arbeitern, Angestellten und Beamten müßten wenigstens 3000 Mark des Einkommens steuerfrei bleiben.

Abg. Düwoll (Kommunist) begründet einen Antrag seiner Partei auf vollständige Umgruppierung der Veranlagungsstufen und Schaffung eines steuerfreien Existenzminimums. Das Verhältnis zwischen Einnahmen und Aufwendungen des Einzelnen verschlimmert sich tagtäglich, aber auch im Auslande geht es nicht anders. Daß die wohlhabenden Klassen sich mit allen Mitteln zur Wehr setzen werden, die Kosten des Geschäfts, das die kapitalistische Regierung mit den Bourgeoisien der Entente abschließen will, auf ihre Schultern zu nehmen, ist selbstverständlich. Und zwar umso mehr, als sie sehen müssen, wie sich die Regierung bemüht, die Besteuerer zu entlasten.

Abg. Reil (Soz.) tritt für einen Antrag ein, der die Berechnung der Kapitalertragssteuer auf die Einkommensteuer für über 60 Jahre alte Personen und Invaliden anders regelt und eine scharfe Progression vorzieht, und begründet noch eine große Anzahl weiterer Anträge, die auf eine Erleichterung der Einkommensteuer für die geringeren Einkommen hinauslaufen. Den weitgehenden Bemühungen der Regierungsparteien, den Besitz zu entlasten, seien auch seiner Partei Fesseln angelegt worden. Redner geht sodann das Gesetz im einzelnen durch.

Abg. Gempel (B.) tritt für einen Antrag ein, der ebenfalls zahlreiche Abänderungen vorzieht und befürwortet im Gegensatz zum Vorredner, der alle Veräußerungsgeschäfte steuerpflichtig machen will, daß nur diejenigen Veräußerungsgeschäfte herangezogen werden, die einen Gewinn abwerfen.

Abg. Becker (D. Sp.): Die Ueberzeugung, daß die deutsche Wirtschaft keine weiteren Belastungen vertragen kann, habe zu dem vorliegenden Entwurf geführt. Erreicht wird eine Verabminderung der Sätze bis 100 000 Mark Einkommen in den unteren Grenzen bis 25 000 Mark auf etwa 50 Prozent, desgleichen wird für die Verlußtjahre ein Ausgleich geschaffen. Das sind Ergebnisse, welche die bürgerlichen Parteien gern für sich in Anspruch nehmen können. Auch die Bestimmung, daß Summen, die für Wohnungsbauzwecke gegeben werden, steuerfrei bleiben, ist ein soziales Moment und wird die Siedelung jedenfalls fördern.

Abg. Dr. Seiffert (Nat.): Die Novelle bringt einige wesentliche Verbesserungen gegenüber dem bisher geltenden Recht. Vor allem wird dadurch das komplizierte Verfahren beim Lohnabzug sehr vereinfacht. Es ist ein Nachteil der Vorlage, daß die Veranlagung nicht für das vorhergehende, sondern für das laufende Steuerjahr erfolgen soll. Wir behalten uns Änderungsanträge vor.

Abg. Schumann (Dem.): Der Gegensatz zwischen den deutschen Arbeitern und Unternehmern wird durch die scharfe Kritik der sozialistischen Parteien in dieser Vorlage